

Das Aktionsbündnis hat am 6.11.23 folgende Pressemitteilung versendet:

PRESSEMITTEILUNG: Aktionsbündnis Krankenhaus Norden wirft Landkreis Bruch des Notfallversprechens vor

Der Landkreis Aurich hat die Freiwillige Feuerwehr Norden entgegen öffentlichen Bekundungen wiederholt in der medizinischen Notfallversorgung eingesetzt. „Der Landkreis wollte hauptamtliche Rettungskräfte nicht durch Freiwillige ersetzen. Wieder ein Versprechen gebrochen. Damit offenbart sich einmal mehr, welchen Wert die Landkreiszusagen haben“, so Aktionsbündnissprecherin Anke Lohmann. „Die Norder Feuerwehr hat völlig andere Aufgaben und ist weder personell noch mit Hilfsmitteln zur medizinischen Notfallversorgung ausgerüstet. Wer haftet für den Fall, wenn Fehler unterlaufen?“ Der Rückgriff auf die Freiwillige Feuerwehr unterstreicht nach Ansicht des Aktionsbündnisses, dass die öffentliche Überlastungsanzeige von Mitarbeitern des Rettungsdienstes von vor einem Jahr die Lage treffend dargestellt habe. Es fehlen schon seit längerer Zeit Personal und einsatzfähige Rettungswagen.

Wie mit den Unterlassungen des Landkreises umzugehen ist, ist unter anderem Gegenstand der Bürgerversammlung am 15.11.23, zu der das Aktionsbündnis um 19 Uhr ins Norder Theater in der Oberschule einlädt.

Es sehe so aus, dass der Landkreis aus dem hohlen Bauch heraus plane, so, wie es mit der Schließung der intensivmedizinischen Notfallversorgung im Krankenhaus Norden auch geschehen sei. Weder bei der Krankenhausschließung noch im Rettungswesen seien belastbare Pläne und Mittel ausgewiesen worden, wie die vielen Notfälle in Norden künftig versorgt werden sollen. Knut Richter, Co-Sprecher des Aktionsbündnisses: „Außer Absichtserklärungen ist nichts zur Verbesserung der Lage geschehen. Die Patienten wie die vorhandenen Mitarbeitenden scheinen sich selbst überlassen zu sein.“

Jeden Tag offenbare sich, dass die Schließung der intensivmedizinischen Notfallversorgung im Norder Krankenhaus ein Fehler gewesen sei.

Der Fisch stinke bekanntlich vom Kopf her, so dass Bündnis. Landrat Meinen fehle der Mut, das Steuer herumzureißen. Die politische Verantwortung für die anhaltenden Missstände trügen aber die Kreistagsfraktionen von CDU und SPD, die im Rettungsdienstausschuss zwar vollmundig Maßnahmen angekündigt hätten, wobei es geblieben sei, sonst würde jetzt nicht auf den Einsatz von Freiwilligen gesetzt werden.

In der Ostfriesen Zeitung und in den Ostfriesischen Nachrichten wurden am 8.11.23 von Rebecca Kresse dazu folgender identischer Bericht unter der Überschrift **„Aktionsbündnis erzählt nur die halbe Wahrheit - es kämpft für Erhalt des Norder Krankenhauses. Doch manche Aussage lässt sich relativieren“** publiziert:

„Das Aktionsbündnis zum Erhalt des Norder Krankenhauses verschickt in schöner Regelmäßigkeit Pressemitteilungen, in denen die Verantwortlichen der Klinik oder des Landkreises Aurich angegriffen werden. Nicht alle darin gemachten Vorwürfe halten eine Überprüfung stand. Jetzt verschickte das Aktionsbündnis eine Mitteilung zur Notfallversorgung und verschweigt darin wichtige Fakten, wodurch die Pressemitteilung inhaltlich an eine Falschmeldung grenzt. In der Mitteilung heißt es unter anderem, der Landkreis Aurich habe die Freiwillige Feuerwehr Norden entgegen öffentlichen Bekundungen wiederholt in der medizinischen Notfallversorgung eingesetzt. „Der Landkreis wollte hauptamtliche Rettungskräfte nicht durch Freiwillige ersetzen. Wieder ein Versprechen gebrochen damit offenbart sich einmal mehr, welchen Wert die Landkreiszusagen haben“, so Aktionsbündnis-Sprecherin Anke Lohmann. Was sie nicht sagt, die Feuerwehr Norden ist seit Schließung des Norder Krankenhauses im Sommer ganze zweimal für solche Dienste eingesetzt worden und das ist wie ein Anruf bei Feuerwehrsprecher Thomas Wege ergab, vollkommen normal. Demnach gab es einen Einsatz in Hage und einen Süderneuland. „Wenn wir ohnehin gerade auf der Straße sind und näher am Patienten, ist es völlig normal, dass wir einen solchen Einsatz übernehmen“, sagte Wege im

Gespräch mit unserer Zeitung. Das sei schon immer so gewesen, bisher habe es besagte 2 Einsätze gegeben, und das sei im normalen Rahmen. Natürlich werde die Feuerwehr beobachten, ob die Zahl solcher Einsätze im Zuge der Klinikschließung steigen werde, sagte Wegel, bisher merke die Feuerwehr im Norden davon aber nichts. Trotz dieser Fakten, die auch das Aktionsbündnis mit einem kurzen Telefonat hätte bekommen können, wettet Anke Lohmann in der Pressemitteilung „Die Norder Feuerwehr hat völlig andere Aufgaben und ist weder personell noch mit Hilfsmitteln zur medizinischen Notfallversorgung ausgerüstet. Wer haftet für den Fall, wenn Fehler unterlaufen?“ Für das Aktionsbündnis unterstreicht der Rückgriff auf die Freiwillige Feuerwehr, dass die öffentliche Überlastungsanzeige von Mitarbeitern des Rettungsdienstes von vor einem Jahr, die Lage treffend dargestellt habe. Schon längere Zeit würden Personal und einsatzfähige Rettungswagen fehlen. Das Bündnis kündigte in der Pressemitteilung unterdessen für Mittwoch, 15. November eine Bürgerversammlung ab 19:00 Uhr im Theater der Norder Oberschule an. Was dann folgt, sind die üblichen Vorwürfe des Bündnisses gegen den Landkreis, die Kreistagsfraktionen und Landrat Olaf Meinen (parteilos). Dem fehle aus Sicht des Aktionsbündnisses der Mut, das Steuer herumzureißen. Woher das Bündnis die Information hat, dass Olaf Meinen das überhaupt möchte, bleibt offen, denn Meinen hat in der Öffentlichkeit stets betont, dass er hinter dem Projekt der Klinikumwandlung stehe, dies sogar als Chance für Norden begreife. Auch an einem weiteren Punkt fehlen im Aktionsbündnis die handfesten Beweise. Das Bündnis schreibt, jeden Tag offenbare sich, dass die Schließung der intensivmedizinischen medizinischen Notfallversorgung im Norder Krankenhaus ein Fehler gewesen sei. Ein Satz, der nicht weiter ausgeführt oder belegt wird.“

Dazu gibt es ebenfalls einen Kommentar von Rebecca Kresse. Sie schreibt unter der Überschrift **„Empörung statt Fakten“**

„Sich für den Erhalt des Norder Krankenhauses und die Notfallversorgung der Norder einzusetzen, wie es das Aktionsbündnis tut, ist nicht nur rechtens, sondern aller Ehren wert. Nichts spricht dagegen, dabei auch den juristischen Rahmen voll auszuschöpfen. Auch dann, wenn die Klagen bisher wenig erfolgreich waren. Problematisch wird es aber, wenn man die Wahrheit aus den Augen verliert. Wer mit Halbwahrheiten an die Öffentlichkeit geht, um für Empörung und Diskussion zu sorgen, macht sich angreifbar. Das Aktionsbündnis tut sich und dem Kampf für eine sichere Notfallversorgung der Norder keinen Gefallen, auf diese Weise Stimmung gegen die Kreispolitik und Landrat Olaf Meinen zu machen. Wer scharf angreift, muss sich sicher sein, dass die Fakten stimmen. Diese müssen dann auch auf den Tisch. Mit reinen Behauptungen und Halbwahrheiten macht sich das Aktionsbündnis unglaubwürdig. Lügen und Halbwahrheiten sind doch eher die Mittel von Populisten. Will sich das Aktionsbündnis an Ihnen orientieren?“

Die Autorin erreicht man unter red-norden@zgo.de

Die Zeitungsberichte wurden wegen des Copyrights abgeschrieben. Die heutige Anfrage wegen der Erlaubnis um Veröffentlichung des Berichtes in Form eines Fotos auf der Petitionsplattform zur Information der Unterstützenden ist noch nicht beantwortet worden.

Wer mag, Leserbriefe können hier an die Ostfriesen-Zeitung geschrieben werden: <https://www.oz-online.de/-service/leserbrief-schreiben> und hier an die Ostfriesischen Nachrichten: <https://www.on-online.de/-service/leserbrief-schreiben>